Nr. 103 **167. Jahrgang** **Donnerstag, 3. Mai 1917**

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Beilagen: „Gießener Familienblätter" und „Kreisblatt für den Kreis Gießen".

Postscheckkonto: Frankfurt am Main Nr. 11686.
Bankverkehr: Gewerbebank Gießen.

Gießener Anzeiger
General-Anzeiger für Oberhessen

Zwillingsrunddruck und Verlag: Brühl'sche Universitäts-Buch- u. Steindruckerei R. Lange, Gießen.

Schriftleitung, Geschäftsstelle und Druckerei: Schulstraße 7. Geschäftsstelle u. Verlag: [illegible] 51, Schriftleitung: [illegible] 112.
Anschrift für Drahtnachrichten: Anzeiger Gießen.

Mb. Deutscher Reichstag.

98. Sitzung, Mittwoch, den 2. Mai.

Am Tische des Bundesrats: Graf von Roedern.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 5 Minuten mit folgender Ansprache:

In die Zahl unserer Feinde ist ein neuer mächtiger Gegner getreten. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat erklärt, daß er sich mit Deutschland als im Kriegszustand befindlich betrachtet. In seiner Botschaft an den Kongreß vom 2. April versichert der Präsident Wilson, daß er gegen Deutschland Krieg führe im Interesse der Menschheit und aus Gründen der Menschlichkeit. (Lachen.) Das Recht, dieses zu versichern, hat er verloren, nachdem er keinen Finger gerührt hat, um England in den Arm zu fallen, als dieses den unmenschlichen und das Völkerrecht mit Füßen tretenden Aushungerungskrieg gegen Deutschland ankündigte und ins Werk setzte. (Lebhafte Zustimmung.) Er hat das Recht verloren, als er den deutschen Vorschlag ablehnte, für bestimmte Seezwege das Leben amerikanischer Bürger auf amerikanischen Schiffen sicherzustellen, vorausgesetzt, daß sie keine Bannware führten (Zustimmung), und als er durch diese Ablehnung seine eigenen Landsleute der Todesgefahr aussetzte.

Als willenloses Werkzeug stellt der Präsident Wilson das deutsche Volk dar, das in diesem Krieg durch eine Gruppe Ehrgeiziger getrieben worden sei, er erzählt aber nichts von den Einkreisungsmachenschaften, die ein Jahrzehnt lang gegen uns betrieben wurden. (Sehr richtig!) Er erzählt nichts von dem Vernichtungswillen, den unsere Feinde erst kürzlich in kräftiger Weise zum Ausdruck gebracht haben, unsere Feinde, auf deren Seite der Präsident Wilson sich nunmehr offen gestellt hat. Nein, meine Herren, zum Verteidigungskampf hat das deutsche Volk am 4. August 1914 sich wie ein Mann erhoben. (Lebhafte Zustimmung.) Wir kämpfen noch heute zur Verteidigung unserer Freiheit, unserer Unabhängigkeit und unseres Lebens. (Lebhafter Beifall.) „Wir haben," so sagt der Präsident Wilson, „keinen Streit mit dem deutschen Volk, für dieses hegen wir nur das Gefühl der Sympathie und der Freundschaft." (Gelächter.) Seine Handlungen stehen bisher wenigstens im Einklang mit diesem Gefühl der Sympathie und Freundschaft. (Sehr richtig!)

Wenn aber durch diese Botschaft des Präsidenten Wilson das Bemühen geht, Zwietracht in deutschen Landen zu säen, so halte ich mich als Präsident des Deutschen Reichstages, der durch das freieste Wahlrecht der Welt gewählten Vertreter unseres Volkes für verpflichtet, zu erklären, daß dieses Bemühen an dem gesunden Sinne unseres Volkes scheitert, und daß der Präsident Wilson mit diesem Bemühen auf Granit beißt. (Lebhafter Beifall.) Mit dem teuersten Herzblut unseres Volkes haben wir das deutsche Kaiserthum errichtet, mit dem teuersten Herzblut kämpfen wir für Kaiser und Reich. (Lebhafter Beifall.) Auch vor einer Macht, wie dem Präsidenten Wilson, wird nicht zerrinnen, was unsere Vorväter ertrümmt und ersehnt, und was wir auf den Schlachtfeldern errungen haben. Wie aber der oberste Beamte des Deutschen Reiches erklärt hat, da es Deutschland sich nicht in die inneren Angelegenheiten unseres Nachbarstaates Rußland einmische, so verbitten wir uns von jeder fremden Regierung, welche immer es auch sein möge, jedes eingreifen in unsere inneren Verhältnisse. Wenn nicht alles täuscht, so naht die Entscheidung in diesem gewaltigen Völkerringen.

Wir sehen unsere kriegstapferen todesmutigen Truppen unerschütterlich standhalten den wütenden Anstürmen unserer Feinde, die ihnen an Zahl weit überlegen sind, wir sehen, wie unsere Tauchboote mit ihren heldenmütigen, den Tod verachtenden Besatzungen England zeigen, welche Vergeltung Deutschland für den ruchlosen Aushungerungskrieg zu üben vermag, den England gegen uns befolgt. Unsere finanzielle Kraft ist aufs neue erprobt und glänzend erwiesen worden durch den herrlichen Erfolg der 6. Kriegsanleihe. Wir trotzen unbeschadet aller Schwierigkeiten den Entbehrungen, die dieser Verteidigungskampf uns auferlegt. Wenn unsere Söhne und Brüder aus dem Felde auf Urlaub zu uns kommen, so spüren wir in ihrem ganzen Wesen den Hauch freudiger Siegeszuversicht. Wir in der Heimat aber halten fest an dem unerschütterlichen Glauben an den Stern des deutschen Vaterlandes und an einen Frieden, der uns die Sicherheit unseres Landes verbürgt und seine glückliche Entwicklung für jetzt und alle Zeiten. (Stürm. Beifall.)

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Das Reichsschatzamt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Haushaltsplan für das Reichsschatzamt. Dazu liegt ein Antrag Keinath (ntl.) vor, der auch von den Abgeordneten Dr. Arendt (Reichspartei), Gröber (Ztr.), Holtsche (kons.) und von Payer (Fortschr. Vp.) unterschrieben ist. Er fordert mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf, durch den es 1. dem Lieferer verboten wird, dem Abnehmer einen Zuschlag zum Preise wegen des auf die betreffende Lieferung oder deren Bezahlung entfallenden Waren-Umsatzstempels besonders in Rechnung zu stellen, 2. dem Abnehmer verboten wird, wegen des bei der Weiterveräußerung zu bezahlenden Stempels seinem Lieferer einen besonderen Preisabzug von der Rechnung zu machen.

Abg. **Nacken** (Ztr.) wendet sich gegen den Mangel an Kleingeld. Hier müssen energische Maßnahmen getroffen werden. Das Reichsschatzamt setzt die Prägungen mit allem Nachdruck fort. Das wird aber nichts nützen, wenn die Silbermünzen weiter in den Strümpfen, Kisten und Kasten verschwinden. Jetzt ist die Anregung gegeben, daß die Finanzverwaltung Münzen in anderer Form prägen lassen und anordnen solle, daß, wenn innerhalb eines größeren Zeitraumes die elende Kleingeldhamsterei nicht aufhöre, das bisherige Kleingeld außer Kurs gesetzt wird. Das ist der einzige Weg, um zu gesunden Verhältnissen zu kommen. Die Kleingeldhamsterei ist ebenso gefährlich und verwerflich, wie die Hamsterei an Lebensmitteln.

Ministerialdirektor **Schroeder**: Ich kann nur bestätigen, daß die Absicht besteht, das vorhandene Silber- und Nickelgeld außer Kurs zu setzen. Es kann ja etwas bewunderlich erscheinen, daß man, um dem Mangel abzuhelfen, jetzt auch das noch vorhandene Kleingeld außer Kurs setzen will. Die Kleingeldnot zu Beginn des Krieges haben wir überwunden. Mit der Besetzung von Belgien und Polen trat durch das Abströmen des Geldes dorthin ein erneuter Mangel an Kleingeld ein, aber viel schlimmer wirkte die Hamsterei. Von Ende März 1914 bis Ende März 1917 sind für 38 Millionen Mark 50-Pf.-Stücke in den Verkehr gesetzt worden. Das ist eine Vermehrung gegen früher um 40 Proz. Die 10- und 5-Pf.-Stücke sind fast um 32 Proz. vermehrt worden. Der Mangel kann also nicht allein auf den Bedarf des Heeres und der besetzten Gebiete zurückzuführen sein, sondern der Hauptgrund liegt in der Hamsterei im Inland. Damit stimmen unsere Beobachtungen genau überein, und sollten wir dazu übergehen, die jetzigen Münzen außer Kurs zu setzen, so würden diese Münzen niemals wieder in Verkehr kommen. Wenn dadurch jene Hamsterer zu Schaden kommen, weil die Münzen dann nur noch den viel niedrigeren Metallwert haben, so haben sie sich das selbst zuzuschreiben. Sie sind genügend gewarnt worden. (Beifall.)

Abg. **Stücklen** (Soz.): Der Mangel an Kleingeld ist nicht zu leugnen. Ob aber dadurch, daß man neues Geld an Stelle des alten einführt, die Schwierigkeiten behoben werden, ist fraglich. Vielleicht wird das neue Geld erst recht wieder Anlaß zur Hamsterei geben. Finanziell arbeiten wir heute ins Blaue hinein, da uns die Möglichkeit einer genauen Ueberwachung fehlt. Aber man soll keine Sparsamkeit am falschen Platze betreiben. Die Erhöhung der Mannschaftslöhnung und die Gewährung eines zweiten Putzgeldes sind an dem Widerstand des Reichsschatzsekretärs gescheitert. Der Reichstag wird gewissermaßen als ein lästiger Bettler betrachtet, dessen man sich mit einer einfachen Handbewegung entledigt. Soll denn wirklich auf Kosten der Soldaten gespart werden? Der Ankauf des Hotels Cumberland für sieben Millionen Mark soll ein ausgezeichnetes Geschäft sein. Es handelt sich um ein Luxushotel, das vor dem Bankerott stand und 300 Badezimmer enthält. Fast könnte man vermuten, es sollte darin eine Garnisonwannenbadeanstalt errichtet werden. Die Behauptung der Deutschheit, durch eine Beschlagnahme wäre das Hotel noch teurer gekommen, kann nur zutreffen, wenn man gegen alle Gewohnheit auch den entgangenen Verdienst berücksichtigt. Man hat sich von diesen Grundstücksschiebern hineinlegen lassen. Ein leeres Zimmer kostet jetzt rund 11 000 Mark, denn die Einrichtung hat der Besitzer nicht mitverkauft, sondern anderweit versteigert. Wie soll das Hotel Cumberland nach dem Friedensschluß verwertet werden? Das Etatrecht des Reichstages ist zweifellos verletzt worden.

Abg. **Schwiekardt** (F. Vp.) empfiehlt den Antrag Keinath.

Schatzsekretär Graf **von Roedern**: Dem Antrag Keinath wird voraussichtlich in der nächsten Zeit entsprochen werden können. Der Abg. Stücklen hat die Frage der Berechtigung der Reichsregierung angeschnitten, aus dem Kriegsfonds den Ankauf des Hotels Cumberland vorzunehmen. Das ist eine Formsache. Es hat diesmal anders gelegen als bei dem Grundstück in der Viktoriastraße. Da der Reichstag die dem Bundesrat erteilte weitgehende Vollmacht in diesem Fall anders auslegen zu müssen glaubt, haben wir den vorliegenden Ergänzungsetat Ihnen unterbreitet, um dadurch eine materielle und formelle Nachprüfung zu ermöglichen. Sie betrifft den Haushalt des Kriegsministeriums, der Kriegsminister ist heute nicht anwesend. Das Grundstück in der Viktoriastraße ist von der Reichsentschädigungskommission in Benutzung genommen.

Abg. **Keinath** (natl.): Die Erklärung des Schatzsekretärs, daß die Regierung in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen wird, wonach, wie ich annehme, die Abwälzung des Umsatzstempels verboten wird, wird in allen Geschäftskreisen, aber auch bei einem großen Teil der Industrie ungeteilte Freude hervorrufen. Die ganze Frage hat sich zu einer Machtfrage zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen ausgewachsen. Millionenumsätze sind wegen des Warenumsatzstempels unmöglich geworden. Bedauerlich ist, daß die Behörden die Abwälzung des Stempels vielfach durch Vermerke in ihren Rechnungen unterstützt haben. Durch die Abwälzung wird der Sinn des Gesetzes verändert. Der Umsatz als solcher soll getroffen werden, der Lieferer muß also mit dem Stempel belastet werden. Das Verbot, den Stempel in Rechnung zu stellen, verhindert allerdings eine Abwälzung noch nicht mit Sicherheit.

Abg. Dr. **Arendt** (disch. Fr.): Wir stimmen dem Vorredner durchaus zu. Hoffentlich folgen der Ankündigung des Schatzsekretärs recht schnell Taten. Das Hotel Cumberland ist viel zu teuer bezahlt worden. Hotels Unter den Linden wirds wohl bald nicht mehr geben. Man braucht sie ja für Reichszwecke. (Heiterkeit.) Die Kleingeldhamsterei ist schwer zu bekämpfen, denn gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens. Bedenklich ist die übermäßige Ausprägung von 50-Pfg.-Stücken. Man sollte die Silberindustrie mehr unterstützen. Recht bald müssen Halbmarkscheine ausgegeben werden. Die Ausgabe von 1- und 2-Mark-Scheinen muß vermehrt werden. Auch ein 2½- und 5-Pfennig-Stück brauchen wir.

Abg. **Zimmermann** (ntl.): Auch ich bin für Ausgabe von Halbmarkscheinen. Die Ausprägung von 2½ Pfennigstücken halte ich für eine Verirrung, die Verwirrung schaffen würde. Die Doppelwährung ist abgetan. Nach dem Krieg werden wir wieder den Segen der reinen Goldwährung erfahren. Die Reichsbank ist das solideste Goldinstitut der Welt. Durch die Benutzung von Briefmarken wird der Kleingeldnot etwas gesteuert. Die Aufwertungsfrage von Münzen halte ich für sehr gefährlich und für nahezu unmöglich. Helfferich und Havenstein sind so vorzügliche Mitarbeiter, daß allzu große Dummheiten in der Finanzverwaltung verhindert werden. Die sechste Kriegsanleihe erfüllt uns mit Genugtuung, sie ist ein Beweis unserer unerschütterlichen Kapitalkraft. Wilson will unseren Gegnern mit einem Milliardensegen helfen. Das können wir nur begrüßen. So wird es möglich, unseren Gegner das „Bleigewicht der Milliarden" anzuhängen.

Abg. **Schiele** (kons.): Die Frage der Kriegsentschädigung muß bereits jetzt besprochen werden, denn sie ist für unsere Zukunft auf steuerlichem Gebiet von größter Bedeutung. Wir dürfen nicht eines Tages vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Dem Antrag Keinath stimmen wir zu. Der heutige Zustand ist unerträglich. Bei der Papierverteilung sollte man die kleinen Zeitungen in der Provinz, vor allem auch die Sonntagsblätter auf dem Lande, mehr berücksichtigen.

Abg. **Stücklen** (Soz.): Wenn die Regierung jetzt wegen des Hotels Cumberland dem Reichstag einen Nachtragsetat vorgelegt hat, so sieht sie offenbar ihren Fehler ein. Weshalb hat sie dem Reichstag nicht vorher von dem Ankauf Mitteilung gemacht? Auf die Erhöhung der Mannschaftslöhnung ist der Reichsschatzsekretär leider gar nicht eingegangen.

Reichsschatzsekretär Graf **Roedern**: Diese Angelegenheit geht den Kriegsminister an. Wenn man mich fragt, wie ich über jeden Titel des Reichshaushaltsplans denke, dann könnte man ja den ganzen Reichshaushaltsplan beim Reichsschatzamt verhandeln. Das muß ich ablehnen. Zunächst muß ich doch der Resolution äußern.

Abg. **Keil** (Soz.): Auch in dieser Aussprache hat man die Frage der Kriegsentschädigung hereingezogen. Wir wollen den Frieden und erheben Widerspruch, daß man mit so törichten Redensarten den Krieg ins Unbegrenzte verlängert. Es ist unerträglich, daß man auf die ungewisse Aussicht hin, eine Anzahl von Milliarden zu bekommen, Hunderttausende von deutschen Familienvätern opfern will. Deutsches Blut und fremdes Land lassen sich nicht in eine Gleichung bringen. Wir wollen Frieden unter Wahrung unserer staatlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Wir wollen den Krieg nicht fortsetzen um eines Geldbetrags willen, von dem wir nicht wissen ob wir auch nur einen Bruchteil davon bekommen.

Abg. **Zimmermann** (natl.): Eine Kriegsentschädigung wäre auch im Interesse der Arbeiter. Wir wollen den Krieg keineswegs verlängern.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag Keinath wird angenommen.

Der Rechnungshof des Deutschen Reiches.

Abg. **Zimmermann** (natl.): Der Rechnungshof sollte ganz unabhängig von der Oberrechnungskammer sein. Er sollte auch von Potsdam nach Berlin verlegt werden.

Der allgemeine Pensionsfonds.

Der Ausschuß schlägt eine Entschließung vor, wonach bis zur Aenderung des Militärhinterbliebenengesetzes Zuschläge zu den Militärhinterbliebenenrenten für die Angehörigen der Mannschaften gewährt werden.

Ein Antrag **Meyer**-Herford (natl.) verlangt auch Zuschläge zu den Militärrenten Erwerbsunfähiger oder im Erwerbe stark beschränkter, kriegsbeschädigter Mannschaften.

Abg. **Meyer**-Herford (ntl.) dankt der Regierung für die weitschauende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Viele Organisationen haben sich der gleichen Aufgabe mit bestem Erfolge gewidmet. Das gleiche gilt für die Sorge für die Hinterbliebenen der auf dem Felde der Ehre Gefallenen. Die Entwicklung der Kriegswohlfahrtsvereine ist allerdings schließlich etwas zu üppig geworden. Man muß sich doch fragen, ob jetzt nicht zu viel hier geschieht, und ob die so gewonnenen Mittel auch wirklich denen zufließen, für die sie bestimmt sind. Der Reichstag hat seinerzeit verlangt, daß eine Reichsstelle für Kriegswohlfahrtspflege geschaffen wurde. Wie steht die Regierung zu diesem Wunsche? Diese Reichsstelle braucht nur einen halbamtlichen Charakter zu tragen, eines Gesetzentwurfs bedürfte es nicht; sollte man ihn aber für notwendig halten, so wird er in einer Woche leicht zu erledigen sein. Die Gebefreudigkeit ist im deutschen Volke reichlich vorhanden, es kommt nur darauf an, die Mittel gerecht und gleichmäßig zu verteilen. In diese Organisation müssen sich auch das Rote Kreuz und die Nationalstiftung einfügen. Kürzlich hat sich ein Verband von Kriegsbeschädigten gebildet. Das ist wohl nicht der richtige Weg, diese schwierige Frage zu lösen. — Die Ausführungsbestimmungen zum Kapitalsabfindungsgesetz entsprechen durchaus den Absichten des Reichstages und ich glaube, daß die erhofften Segnungen dieses Gesetzes sich bald zeigen werden.

Während des Krieges müssen diejenigen Hinterbliebenen, die vorher Kriegsunterstützungen erhalten haben, die Unterstützungen auch fortbeziehen, solange die Teuerung besteht. Die Vollrenten genügen in vielen Fällen durchaus nicht. Im Ausschuß ist sehr eingehend darüber verhandelt worden, was eine Kriegsdienstbeschädigung und was eine einfache Dienstbeschädigung ist. Wenn der Tod dadurch herbeigeführt ist, so ist der Erfolg für die Hinterbliebenen der gleiche. Deshalb ist es nicht gerechtfertigt, einen so großen Unterschied hier zu machen. Die Bestimmungen über die Todeserklärungen der Vermißten und die rechtlichen Wirkungen dieser Erklärung bedürfen einer Reform. In Sachsen sind alle Kriegshinterbliebenenrenten steuerfrei; das möchte ich zur Nachahmung den anderen Bundesstaaten empfehlen.

General **von Langermann**: Im Verkehr mit den Hinterbliebenen ist die größte Liebenswürdigkeit und weitestes Entgegenkommen vorgeschrieben. Es ist stets mein Bestreben gewesen, das militärische Versorgungswesen immer in soziale Bahnen zu lenken. (Beifall). Bei den in Vorbereitung befindlichen Gesetzen sind die Entschließungen des Reichstags berücksichtigt.

Abg. **Hoch** (Soz.): Wir machen unseren Kriegern große Versprechungen, aber viele Familien sind in unerträglicher Not, weil wir uns mit vorläufigen Maßnahmen bescheiden.

General **von Langermann**: Ich möchte, daß wir Millionen zur Verfügung stünden, um die Not der Kriegerwitwen und -Waisen zu lindern. Außer den etatsmäßigen Fonds besitzen wir noch die wilden Fonds und die Nationalstiftung. Ich hoffe, daß die Beratungen mit den zuständigen Stellen ein Ergebnis zeitigen werden, mit dem alle zufrieden sein können.

Abg. **Siolvich** (Vp.): Auch wir vermissen eine Zentralstelle für die gesamte Kriegswohlfahrtspflege. Kriegsbeschädigtenfürsorge und Hinterbliebenenfürsorge haben so viele Berührungspunkte, daß man beide Zweige zu einer Reichsstelle zusammenfassen sollte. Im Kriegsministerium wird mit hohem sozialen Verständnis für die Kriegsnöte unseres Volkes gearbeitet. (Beifall.) Die Nationalstiftung treibt eine falsche Dezentralisierungspolitik. Die wilden Sammlungen für die Kriegswohlfahrtspflege sind nachgerade zur Plage geworden. Die Wohltätigkeit muß sichergestellt werden gegen jede schamlose Ausnutzung.

Abg. **v. Winterfeldt** (kons.): Wir würden eine Reichsstelle für Kriegswohlfahrtspflege dankbar begrüßen. Der Anerkennung für die Tätigkeit des Generals v. Langermann kann ich mich nur voll anschließen. Notwendig ist auch eine Aenderung der Pensionsverhältnisse der vor dem Kriege verabschiedeten und im Kriege wieder verwendeten Offiziere. Auch die Altpensionäre darf man nicht vergessen.

Die Entschließung wird angenommen, ebenso der Antrag Meyer-Herford.

Die Postverwaltung.

Der Ausschuß schlägt einen Gesetzentwurf vor, wonach die Reichsabgabe im Post- und Telegraphenverkehr erforderlichenfalls auf die dem Gesamtbetrage der Abgabe zunächst liegende, durch fünf teilbare Zahl nach oben oder unten abgerundet werden soll.

Das Haus vertagt sich.

Donnerstag 1 Uhr: Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal, Postverwaltung, Heeresverwaltung.

Aus Hessen.

Aus dem Finanzausschuß.

Darmstadt, 1. Mai. Der erweiterte Finanzausschuß (Kriegsausschuß) trat heute vormittag wieder zu einer Sitzung zusammen. Es fand zunächst eine längere Beratung über die Frage der Milchversorgung statt. Eine Anfrage des Abg. Reh ging dahin, ob Großh. Regierung bekannt sei, daß in Frankfurt a. M. für Greise ½ Liter Vollmilch, für Säuglinge bis zur Vollendung des 1. Lebensjahres ein Liter Vollmilch und, wenn die Kinder gestillt werden, der Mutter diese Vollmilch zugeführt wird, sowie daß Kinder im 1. bis 6. Lebensjahre ½ Liter und Kinder von 6 bis 14 Jahren täglich ¼ Liter Vollmilch erhalten. Besteht nicht die Möglichkeit, in Hessen, wo bekanntlich den Kindern vom 1. bis 4. Lebensjahre ¼ Liter Milch weniger und den Kindern vom 6. bis 14. Lebensjahre nur ¼ Liter Vollmilch gewährt wird, in gleicher Weise zu verfahren? In Verbindung mit dieser Anfrage wurde auch der Antrag Korell-Engelsheim auf Rückgabe der eingezogenen Entrahmer und Butterzeichnen beraten. Die Regierung erteilte auf beide Punkte nähere Antwort und daran anschließend gab Prinz Isenburg-Birstein eine sehr interessante Uebersicht über die Milchversorgung im Kommunalverband Darmstadt. Es war daraus besonders zu entnehmen, mit welch großen Schwierigkeiten die Milchversorgungsstellen noch immer zu kämpfen haben. Es müßten die Orte, die ein bestimmtes Quantum Milch mehr produzieren, als die anderen Orte, an diese einen Teil der Milch und einen weiteren Teil an die Sammelstelle zur Butterverarbeitung abgeben. Abg. Korell erklärte, er lege den Hauptwert darauf, daß durch die Beschlagnahme der Milchverarbeitungsapparate nicht eine Menge Unschuldiger getroffen werde und diese nicht mit den Schuldigen zu leiden hätten. Es müßten andere Mittel und Wege gefunden werden, die unrechtmäßige Verarbeitung der Milch zu Butter zu verhindern. Nach längerer Erörterung wurde der Antrag Korell auf Rückgabe der Entrahmer und der Buttermaschinen angenommen, obwohl sich die Regierung nicht damit einverstanden erklärte. Weiter kam ein Antrag Damm zur Beratung, daß das Backen von Kuchen gänzlich verboten werden möchte. Hierzu schlug Abg. Heinrich vor, den Antrag dahin abzuändern, daß das gewerbliche Backen von Torten und Kuchen, soweit nicht die Abgabe aller Backwaren auf Brotmarken erfolgt, verboten werden möchte. Seitens der Regierung wurde zugesagt, nochmals mit dem Kriegsernährungsamt in Verbindung zu treten, daß im ganzen Reich nur gegen Brotmarken Kuchen, Torten usw. verabfolgt werden soll. Ferner wurde auch von einem Mitglied des Ausschusses angeregt, dahin zu wirken, daß das Verbot des Zwiebackbackens nicht aufrecht erhalten werden möge, da der Zwieback doch für Kranke und solche, die das schwere Brot nicht vertragen können, notwendig sei; auch hier sei natürlich die Forderung zu stellen, daß Zwieback nur gegen Brotmarken abgegeben wird. Dieser Anregung schloß sich auch der Ausschuß an; der abgeänderte Antrag Damm-Heinrich wurde ebenfalls angenommen. Zum Schluß gab der Herr Finanzminister noch höchst interessante Mitteilungen über das Ergebnis der neuen Kriegsanleihe, woraus zu entnehmen ist, daß die Beteiligung Hessens an der Anleihe eine erfreulich große war und die hessischen Zeichnungen das Durchschnittsergebnis im Reiche bedeutend übersteigen. Die genauen Zahlen darüber sollen amtlich bekannt gegeben werden.

Aus Stadt und Land.

Gießen, 3. Mai 1917.

** Auszeichnungen. Der Schütze Wilh. Will in einer Maschinengew.-Komp., Sohn des Univ.-Turnlehrers Will hier, erhielt das Eiserne Kreuz 2. Kl. — Dem Gefreiten der Landw. Chr. Reibeling aus Gießen, seit Anfang des Krieges im Felde, wurde vom Großherzog die Kriegsverdienst-Medaille am Kriegsbande verliehen. — Dem Musketier Gustav Heinze von hier, zurzeit schwer verwundet, wurde das Eiserne Kreuz zweiter Klasse verliehen.

** Beförderung. Unteroffizier Adolf Rühl aus Gießen, welcher als Ersatzreservist Weihnachten 1914 ins Feld rückte, später zu einer Fliegerabteilung kam, wo er zum Unteroffizier befördert wurde und das Eiserne Kreuz erhielt, wurde nun bei der Jagdstaffel 27 im Felde zum Feldwebel befördert.

** Von der Krankenerfrischungsstelle des Roten Kreuzes am Bahnhof Gießen wurden im Monat April 1917 an 1388 durchreisende Soldaten und Verwundete Erfrischungen verabreicht; die Sanitätswache führte 837 Transporte aus und hat in 163 sonstigen Fällen Hilfe geleistet.

** Im Hotel Fürstenhof (Saalbau) findet Sonntag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, ein Lieder- und Rezitations-Abend unter Mitwirkung der Mainzer Künstler Heinz Ott, Konzertsänger und Rezitator, Fräulein Marie Bär, Konzertsängerin, und Kurt Grundlich, Pianist, statt. Näheres siehe Anzeige.

** Bargeldloser Verkehr. Die Bestrebungen der Kgl. Eisenbahndirektion Frankfurt (Main), ihre Beamten zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs durch Ueberweisung ihrer Diensteinkünfte oder eines Teiles davon auf Sparkassen und Banken zu gewinnen, haben auch in dem Halbjahr Oktober 1916 bis März 1917 weiter einen erfreulichen wachsenden Erfolg gehabt. Die Zahl der beteiligten Beamten ist im letzten Halbjahre von rund 5300 auf rund 7300, also um weitere 2000 gestiegen, so daß der Jahresbetrag der Ueberweisung jetzt rund 7 Millionen Mark beträgt und zwei Drittel aller Beamten teilnehmen. Wie alles Neue, so hat sich auch hier die gute Sache allmählich fortschreitend Bahn gebrochen, teilweise den Sparsinn fördernd, den Teilnehmern kleine Vorteile verschaffend und vor allem, dem großen Ganzen, dem Wohle des Reiches nützend.

** Das heutige Kreisblatt enthält Bekanntmachungen über: Leseholzanfuhr in den Großh. Domanial- und in den Kommunalwaldungen; Erzeugerhöchstpreise der Normalverträge für Frühgemüse; Genehmigung des Großhandels mit Gemüse, Obst oder Südfrüchten; Verkehr mit Obst; Höchstpreise für Häckerl.

Landkreis Gießen.

** Großen-Linden, 30. April. Das Eiserne Kreuz 1. Klasse erhielt Leutnant der Reserve B. Gutermuth von hier bei den jüngsten Kämpfen in Frankreich.

o. Lang-Göns, 3. Mai. Dem Reservisten Friedr. Naumann, einem geborenen Kleinlindener, wurde die Hessische Tapferkeitsmedaille verliehen. — Kirchenvorsteher Anton Belten XV. konnte gestern die Goldene Hochzeit feiern.

Kreis Büdingen.

4 Wippenbach, 3. Mai. Für die vom Roten Kreuz in Ortsnähe durchgeführte Hindenburgspende gingen in unserer 100 Seelen zählenden Gemeinde folgende Sachen ein: 20,5 Pfd. Gerste, 12 Pfd. Mehl, 4 Pfd. Erbsen, 4,5 Pfd. Dörrobst, 18 Eier, 8,5 Pfd. Zwiebeln, ½ Pfd. Speck, ferner noch Gemüse aller Art.

4 Selters, 3. Mai. In den schweren Kämpfen des Westens fiel der Unteroffizier in einem Infanterie-Regiment Hermann Bender von hier im Alter von 34 Jahren, Inhaber des bekannten Kolonial- und Eisenwarengeschäftes. Bender hinterläßt eine Witwe mit 2 Kindern.

Kreis Schotten.

4 Schotten, 3. Mai. Am Sonntag fand unter gewaltiger Teilnahme der Bevölkerung der ganzen Umgebung die Beisetzung der Leiche des aus dem Osten überführten Leutnants der Artillerie August Weber, Sohn des Forstmeisters und Landtagsabgeordneten Dr. Weber in Romrodsdorf, statt. Nachdem im Hause für die nächsten Angehörigen eine Trauerandacht durch Kirchenrat Dekan Münch stattgefunden hatte, fand die eigentliche Trauerfeier auf dem Friedhof statt. Nach der Grabrede folgte noch eine Ansprache eines aus dem Feld zur Beerdigung entsandten Offiziers des Regiments und eine solche von Lehrer Häuser-Selters, der für die Gemeinde und den Kriegerverein Selters sprach. Die Trauerparade und Musik wurde vom Inf.-Regt. Kaiser Wilhelm Gießen gestellt. Forstmeister Dr. Weber und seine Frau stifteten zum Andenken an ihre beiden fürs Vaterland gefallenen Söhne einen Ehrenhain für sämtliche aus Schotten gefallenen Krieger, auf dem später eine Gedächtniskapelle errichtet werden soll.

Kreis Friedberg.

bz. Butzbach, 2. Mai. Leutnant der Reserve Häuser wurde zum Oberleutnant der Reserve befördert. — Dem Fahrer Ernst Heilmann, einem Sohn der Witwe Heilmann auf der Dee bei Hausen, der seit 27 Monaten ununterbrochen im Felde steht, wurde das Eiserne Kreuz verliehen. Die Hessische Tapferkeitsmedaille erhielt er schon vor längerer Zeit.

bz. Kirch-Göns, 2. Mai. Der Pionier Wilhelm Hankel Sohn von Streckenarbeiter Wilhelm Hankel, bei einer Eisenbahnbetriebskompagnie, erhielt das hessische Kriegsehrenzeichen am Kriegsbande und das Eiserne Kreuz 2. Kl.

Kreis Wetzlar.

vr. Wetzlar, 2. Mai. Stabsarzt Dr. Weck aus Wetzlar wurde mit dem Eisernen Kreuz 1. Kl. ausgezeichnet. — Sanitätsrat Groth, Rektor Richard und Stadtverordneter Fr. Gerlach ist das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen worden.

vr. Hohensolms, 2. Mai. Zu sämtlichen Gemeinden der Bürgermeisterei Hohensolms ist jetzt die Zusammenlegung der Ländereien durchgeführt.

Hessen-Nassau.

g. Eschwege a. d. Werra, 1. Mai. Auf der benachbarten Eisenbahnstation Arenshausen der Strecke Nordhausen—Cassel stürzte heute ein Güterzugbremser von dem fahrenden Zuge ab, geriet unter die Räder und wurde durch Ueberfahren getötet.

mr. Frankfurt a. M., 2. Mai. Wieder macht sich die allgemeine Kohlenknappheit auch in unserer Stadt übel bemerkbar. Die Gasgesellschaft weist in einer Bekanntmachung darauf hin, daß es ihr wegen Gasmangels nicht möglich ist, neue Leitungen zu legen, so daß viele Haushaltungen, die sich bisher mit den geringen Mengen Petroleum durchhalfen, nun gar nichts mehr zum Beleuchten der Wohnräume haben. Es sind auch Erwägungen im Gange, ob die Gaslieferung nicht an einigen Nachmittagsstunden, ähnlich wie in Kassel, ganz eingestellt werden soll. — Die Stadt läßt jetzt zur besseren Ausnutzung der aus den Militärschlachtungen anfallenden Knochen das Fett auf mechanischem Wege ausziehen oder verwendet sie zur Bereitung von Suppenextrakt. Die Schwerarbeiter, die bisher mit Knochen bedacht wurden, erhalten dieses Fett und Suppenextrakt an Stelle der Knochen.

|| Marburg, 1. Mai. Der Haushaltsvoranschlag der Stadt Marburg für das Jahr 1917 wurde von den Stadtverordneten beraten und schließlich nach einigen Abstrichen in Einnahme und Ausgabe mit 1 755 240 Mk. festgesetzt. Die Deckung erfolgt durch 1 002 490 Mk. eigene Einnahmen und 752 750 Mk. Steuern. Um diese später nicht allzu hoch schrauben zu müssen, wurden die Zuschläge zu den Grund-, Gebäude-, Gewerbe- und Betriebssteuern von 182 Prozent und die Zuschläge zu der Einkommensteuer von 180 Prozent auf jedesmal 200 Prozent erhöht. Die Steuerausgleichskasse soll nicht in Anspruch genommen werden. Bemerkt sei, daß der Magistratsantrag, 2400 Mk. für einen anzustellenden Berufsvormund einzustellen, mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt wurde.

Vermischtes.

* 25 Jahre D-Zug. In der Nacht vom 1. zum 2. Mai fuhren aus der Halle des Bahnhofes „Berlin P" und dem im Bau begriffenen Kölner „Zentral-Bahnhof" je ein seltsamer Zug, kreuzten sich zwischen Braunschweig und Helmstadt und dampften dann gen Ost und West weiter. Es waren die ersten deutschen D-Züge; die Behörde nannte diese Neulinge allerdings schlicht Schnellzug 31 und 32, die Bevölkerung taufte sie mit dem poetischen Namen „Blitzzug". Dann hießen die Züge lange Jahre im Volksmunde „Harmonika"-Züge", so genannt nach den gefalteten Ueberbälgen, die die ganze Wagenreihe zu einer braunschwarzen Einheit zusammenfaßten. Die poetischen Namen Blitzzug und Harmonikazug sind längst vergessen. Denn schon nach kurzer Zeit erfand die Eisenbahnbehörde den treffenden Namen D-Zug, wobei aber erwähnt sein soll, daß der Amtsbegriff heute „zuschlagspflichtiger Schnellzug" lautet. D-Zug ist Durchgangszug. Seine neue Idee, übrigens amerikanischen Ursprungs, lag in Durchgang, in der Verbindung von Wagen zu Wagen über geschützte eiserne Laufbrücken. Lange vierachsige Abteilwagen mit einem Durchgang, der es gestattet, während der Fahrt von Abteil zu Abteil, von Wagen zu Wagen zu gehen! Man konnte sich in den D-Zügen ergehen, konnte bequem an Tischen der rollenden Gaststätte behaglich speisen, trinken, rauchen, und lesen — wie daheim. Vom weißgedeckten Tisch des Speisewagens sah man die Landschaft filmartig vor sich abrollen. Der D-Zug machte das Reisen zu einem ästhetischen Genuß. Er selbst aber war eine Kulturtat und hob das Reisen zu Land auf die höchste Stufe. Und wie hat sich seit 25 Jahren der D-Zug technisch vollendet. Der Mittelgang wich dem Seitengang, aus Vierachsern sind Sechsachser geworden, die Sicherheitsvorrichtungen stehen in höchster Vollendung, die Schnelligkeit wuchs und die Länge der Wagenreihe. Vor 25 Jahren rollten 12 D-Wagen über Deutschlands Schienenwege, heute sind's mehr als 3000. — Das Silberne Jubiläum des D-Zuges ist ein Gedenktag, dessen man sich trotz dieser ernsthaften aller Zeiten von Herzen freuen kann, als einer Großtat deutscher Kultur und deutscher Technik.